**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/6413**

04. 12. 96

# Entschließungsantrag

## der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

### zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Menschenrechtspolitik in den Auswärtigen Beziehungen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Forderungen der Opposition in Belgrad nach Anerkennung der Ergebnisse der Kommunalwahlen und nach demokratischen Reformen. Er erklärt seine Sympathie für die Hunderttausenden von Menschen, die seit Tagen friedlich gegen die undemokratischen Maßnahmen der Regierung protestieren.

Die Annullierung der Kommunalwahlen und die erzwungenen Neuwahlen sowie die Behinderungen der unabhängigen Medien und die Schließung von Radiosendern stellen klare Verstöße gegen die demokratischen Prinzipien der OSZE dar.

Mit dieser Politik erschwert die Regierung Milosevic die von ihr selbst gewünschte Eingliederung der Bundesrepublik Jugoslawien in die Strukturen der europäischen Staatenfamilie. Eine weitere Nichtbeachtung der demokratischen Regeln und die Einschränkung der Pressefreiheit wird zu einer erneuten Isolierung Belgrads und zu ernsthaften Konsequenzen durch die internationale Staatengemeinschaft und die Europäische Union führen.

Bonn, den 4. Dezember 1996

**Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion**
**Rudolf Scharping und Fraktion**
**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**
**Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion**

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333